

Mackscheidt, Klaus

Working Paper

Ein Szenario für 2017

FiFo Discussion Paper, No. 12-2

Provided in Cooperation with:

FiFo Institute for Public Economics, University of Cologne

Suggested Citation: Mackscheidt, Klaus (2012) : Ein Szenario für 2017, FiFo Discussion Paper, No. 12-2, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo Köln), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/64864>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Discussion Paper No. 12-2
Ein Szenario für 2017
Klaus Mackscheidt
2012

Ein Szenario für 2017

Klaus Mackscheidt ¹

¹ Prof. (em.) Dr. Klaus Mackscheidt ist Direktor des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft e.V. Köln. Kontakt: Tel.: (0)221 – 470- 5577, k.mackscheidt@uni-koeln.de



Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut
an der Universität zu Köln

FiFo Institute for Public Economics,
University of Cologne

P.O. Box 130136, D-50495 KÖLN
Wörthstr. 26, D-50668 KÖLN

T. +49-221-139751-0
F. +49-221-139751-11

www.fifo-koeln.de

Ein Szenario für 2017

Ein Szenario für 2017

Klaus Mackscheidt*

FiFo Discussion Paper No. 12-2

August 2012

* Prof. (em.) Dr. Klaus Mackscheidt ist Direktor des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft e.V. Köln. Kontakt: Tel.: (0)221 – 470- 5577, k.mackscheidt@uni-koeln.de

I Die Staatsschuldenkrise

In Ihrem Buch "Schulden ohne Sühne" (München 2010) beschreiben Kai Konrad und Holger Zschäpitz Ursachen und Folgen der Staatsschuldenkrise in Deutschland und Europa sehr kompetent und eindringlich. Das gesamte finanzwissenschaftliche Wissen über die Staatsschuldentheorie wird ausgebreitet und aus aktueller Sicht bewertet und die amerikanische Theorie der ökonomischen Politik wird hinzugeschaltet. Einige Prognosen über den Zustand in Europa im Jahr 2013 sind schon in 2012 unangenehmer Weise, aber richtig eingetroffen. Der Kampf um die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist noch nicht verloren, aber der Sieg ist keineswegs gewiss; deshalb geben Konrad/Zschäpitz am Ende des Buches zwei Zukunftsvisionen - eine mit Konsolidierung und eine ohne. Der Leser weiß, dass die Autoren eine hohe Präferenz für die Lösung mit Konsolidierung haben, aber ihre Zweifel, ob die Konsolidierung politikökonomisch gelingt, sind nicht zu übersehen.

Wir stehen in der Mitte des Jahres 2012 und müssen aktuell erleben, dass die Merkel'sche Konsolidierungspolitik erst für Europa und danach für Deutschland wohl kaum noch zu halten ist. Jedenfalls müssen wir heute (wie Konrad/Zschäpitz 2010 München) darüber nachdenken, was bis 2017 auf die Bürger in Deutschland zukommt. Wir brauchen also zur Information der Bürger ein Szenario für 2017. Konrad/Zschäpitz haben das pessimistische Szenario für 2017 in geistreicher Weise und witziger Sprache wie folgt abgefasst:

Zukunft I

September 2017. Bundeskanzlerin Sahra Wagenknecht ist auf dem Weg zum Herbsttreffen der Europäischen Wirtschaftsregierung. Mit dem Slogan „Kaputtsparen für die Griechen - Nein Danke“ hatte Die Linke einen erdrutschartigen Sieg errungen und regiert seitdem mit einer komfortablen Mehrheit zusammen mit der SPD. Das Spitzentreffen, das in dem von

2013 bis 2017 wiedererrichteten Berliner Stadtschloss stattfindet, dient der Abstimmung über die Haushalte der Mitgliedsländer der Europäischen Föderation. Die Bundeskanzlerin und ihre Vizekanzlerin und Finanzministerin Andrea Nahles gehen zuversichtlich in das Treffen. Der deutsche Haushaltsentwurf sieht eine Neuverschuldung von sieben Prozent des Brutto-inlandsprodukts vor. Im europäischen Vergleich ist das ein niedriger Wert. Nach den erfolglosen Konsolidierungsbemühungen 2010 und 2011 waren die EU-Defizitverfahren ohnehin bis auf weiteres ausgesetzt worden. Das 600 Millionen Euro teure Stadtschloss, das im Sparprogramm 2010 geopfert worden war, konnte dank einer Geldspritze der Europäischen Zentralbank doch noch finanziert werden. Mit einer Verfassungsreform im Jahr 2015 hatte Deutschland zudem die im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ abgeschafft. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen in Europa ähneln in diesen Jahren denen von Griechenland und Italien vor dem Beitritt in die Eurozone. Die Inflation in der Föderation ist seit der Übertragung des Rechts zur Emission von europäischen Staatsanleihen an die Europäische Finanzagentur im Jahr 2013 innerhalb weniger Jahre auf durchschnittlich über zehn Prozent gestiegen. Die Kaufkraft eines durchschnittlichen Arbeitseinkommens ist drastisch gesunken, viele Deutsche können sich Urlaubsreisen und die monatliche Tankfüllung nicht mehr leisten. Der Euro hat zum chinesischen Renminbi seit der Staatsschuldenkrise 2010 um 40 Prozent abgewertet. Auf der Tagesordnung steht neben der Abstimmung über die Mitgliederhaushalte ein von Griechenland, Italien und Portugal eingebrachter Reformvorschlag. Die Südstaaten der Föderation setzen sich für einen weitergehenden Europäischen Finanzausgleich ein. Mit automatischen Sonderzuweisungen sollen Staaten mit besonders hoher Schulden- und Zinslastquote zusätzliche Mittel aus dem Solidaritätsfonds bekommen. Der Fonds speist sich aus europaweiten CO²-Steuern, der Europäischen Bankenabgabe sowie der Europäischen Körperschaftssteuer. Dem Abbau der hohen Arbeitslosigkeit

sind diese neuen Steuern nicht gerade zuträglich. (Schulden ohne Sühne S. 212 f.)

Wir folgen diesem Szenario nicht, weil wir zwar davon ausgehen, dass ein mitte-links-links Bündnis durchaus eine Chance hat, die Bundesregierung von 2013-2017 zu stellen, dass es jedoch diesem Bündnis nicht gelingen wird, die verfassungsmäßig vorgeschriebenen Verschuldungsgrenzen wieder rückgängig zu machen und damit den Weg für eine übermäßige öffentliche Verschuldung von etwa 7 Prozent Nettoneuverschuldung des Bruttoinlandsproduktes frei zu machen. Das Bewusstsein, dass man die zukünftigen Generation nicht durch übermäßige Staatsverschuldung belasten sollte, ist selbst bei den linksausgerichteten Wählern so tief verinnerlicht, dass man eine deutliche Mehrheit, wie sie für eine Verfassungsänderung notwendig ist, heute nicht mehr bekommen kann. Was von links demgegenüber gewünscht wird, ist die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Einkommensteuer. Andererseits sind die Umverteilungswünsche und andere Ansprüche an den zukünftigen Staatshaushalt so groß, dass auch die stärksten Steuererhöhungen nicht ausreichen werden, um alle diese Wünsche erfüllen zu können. Gerade ein mitte-links Bündnis steht also vor den schwierigsten Haushaltsproblemen - Probleme, wie sie eine Regierung nie zuvor gehabt hatte.

II Die Rolle der parafiskalischen Haushalte

Hinzu kommt, dass wir spätestens in 2017 massive Probleme bei der Finanzierung der parafiskalischen Haushalte beobachten werden. Diese Probleme kündigen sich zwar schon

2 - 3 Jahre vorher an, können aber noch durch Übergangsdefizit-Finanzierung verdeckt gehalten werden. Spätestens im Haushaltsjahr 2017 treten sie jedoch offen hervor, weil sich herausstellt, dass die parafiskalisch aufgehäuften Defizite nicht länger aus dem Bundshaushalt

durch Bundeszuschüsse gedeckt werden können (mit Ausnahme des traditionellen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, der dort wegen der Übernahme sogenannter Versicherungsfremder Leistungen gerechtfertigt ist - aber auch in Frage gestellt werden kann, wie wir gleich sehen werden).

Wir stehen also im Haushaltsjahr 2017 vor dem bisher nicht bekannten Erlebnis, dass gerade in den parafiskalischen Haushalten, die uns wegen der damit verbundenen sozialen Sicherung unantastbar heilig sind, so hohe Defizite anfallen, dass man über Beitragserhöhung oder Ausgabensenkungen nachdenken muss. Das ist eine zweite hohe Bewährungsprobe, die gerade für ein mitte-links Bündnis, für das der solide Ausbau eines umfangreichen Systems der sozialen Sicherung eine hohe Präferenz hat, eine nur schwer zu verarbeitende Herausforderung ist. Es ist wohlgerne kein Vergnügen als Wirtschaftswissenschaftler, auf diese Doppeldramatik hinzuweisen, aber da sie droht, muss man rechtzeitig darauf aufmerksam machen! Hinzuweisen gilt es allein deshalb, weil ja in weiten Kreisen der Bevölkerung und der Politiker die Meinung herrscht, Deutschland sei aktuell reich genug an ökonomischen Ressourcen und internen Wachstumskeimen um beides zu tun: 1.) Schwächeren europäischen Ländern im Rahmen einer Transfer-gemeinschaft Finanzhilfen zu geben und 2.) Staatsausgabenfinanzierte Wachstumsprogramme für die Regierungszeit 2013-2017 im Inland zu generieren. Wer hingegen das Buch von Konrad/Zschäpitz „Schulden ohne Sühne - Warum der Absturz der Staatsfinanzen uns alle trifft“ aufmerksam gelesen hat, weiß, dass beides schon jetzt eine fatale Illusion ist. Die vorhandenen Schulden sichtbarer Art und die in dem Budget nicht sichtbaren Schulden indirekter Art ¹(-also Zukunftsverpflichtungen), lassen es beinahe

¹ In ihrem Gutachten „Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz“ (Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2012) beziffern Stefan Moog und Bernd Raffelhüschen die explizite Staatsschuld (Bund, Länder und Gemeinden) für das Basisjahr 2010 auf 83,2 % des Bruttoinlandspro-

aussichtslos erscheinen, jetzt noch gerade rechtzeitig eine inflationsverhindernde Konsolidierungspolitik einzupassen. Das jedenfalls ist die Aussage der kundigen Ökonomen in ihrer Analyse aus dem Jahr 2000.

Da wir nun wissen, dass schwächer werdende Parafisci nicht mehr mit überbrückenden oder sogar dauerhaften Finanzhilfen aus dem zukünftigen Bundesetat rechnen können, brauchen wir auch Szenarios für die Entwicklung und Behandlung der Finanzprobleme in den Parafisci der sozialen Sicherung. Schließlich sind es wie die Haushalte der Gebietskörperschaften gewaltige und bedeutende Finanzmassen, deren Mittel fast jeden Bürger mit Plus- oder Minuseffekten treffen. Also gehören sie in die politische Beurteilung und Bewertung hinein. Leider müssen wir dabei den sicheren Boden des Zahlenwerks aus der Empirie, wie sie bei Konrad/Zschäpitz zugrunde gelegt werden konnten, verlassen, weil das Datenmaterial zu kompliziert zu evaluieren ist und aus zu vielen unterschiedlichen Quellen stammen würde. Unsere Überlegungen sind deshalb weitgehend spekulativer Natur und können jederzeit angezweifelt werden. Wir betrachten sie somit mehr als Warnsignal, denn als echte Prognosen. Treffen diese Signale allerdings ein, dann weiß der Bürger, was auf ihn zukommen wird.

III Die Entwicklung in den einzelnen Parafisci

a)

Wir beginnen unsere Analyse mit der gesetzlichen Unfallversicherung. Deren Träger sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Sie finanzieren sich aus den Beiträgen der jeweils angeschlossenen gewerblichen Unternehmen. Die Berufsgenossenschaften sind zwar Träger der Sozialversicherung und zählen somit im weiteren Sinn zum öffentlichen Sektor,

dukts, die implizierten Schulden dagegen schon auf 147,0 % des BIP. Gerade bei den Parafisci sind also die noch größeren Zukunftsverpflichtungen zu verbuchen, obwohl sie natürlich in der amtlichen Verschuldungsstatistik nicht auftauchen.

aber sie sind durch Selbstverwaltung organisiert und insoweit von Bund- und Länderpolitik unabhängig. Eine Ausnahme gibt es jedoch: Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften könnten ohne Bundeszuschüsse nicht hinreichend genug existieren und sind daher vom Wohlwollen des Bundeshaushaltsgesetzgebers abhängig.

Arbeitnehmer, die an einer berufsbedingten Krankheit leiden, werden medizinisch versorgt und beruflich und sozial rehabilitiert. Die Beiträge, die der Unternehmer zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung und der beruflichen und sozialen Rehabilitation an ihre jeweilige Berufsgenossenschaft zahlen, sind keineswegs bundeseinheitlich, sondern nach Berufs-zweigen und deren je unterschiedlichen Unfallrisiken höchst differenziert ausgestaltet. Es handelt sich also um ein gruppenspezifisches Äquivalenzprinzip der Finanzierung (Ausnahme Landwirtschaft). Interessant ist nun, dass die gesetzliche Unfallversicherung hocheffizient ist und zugleich politisch vollkommen geräuschlos abläuft. Weil sie durch die Äquivalenzfinanzierung über die Unternehmensseite perfekt und ausgewogen funktioniert, gibt es auch keinen Anlass, über sie politisch zu diskutieren. Man kann einfach sagen: „Solange es funktionierende Unternehmen in Deutschland gibt, solange funktioniert auch die gesetzliche Unfallversicherung unbeanstandet“. Deshalb werden wir, trotz einer drohenden Staatsschuldenkrise, auch in Zukunft auf die Zuverlässigkeit der gesetzlichen Unfallversicherung vertrauen dürfen.

b)

Ganz anders sieht es bei der Krankenversicherung aus². Erstens ist dies ein Träger der Sozialversicherung mit einer riesigen Finanzmasse und zweitens sind hier von einem mitte-links Bündnis wichtige Eingriffe ins

² Laut Moog/Raffelhüschen liegen die implizierten Schulden hier knapp über 80% des BIP

bestehende System zu erwarten. Eine zentrale Idee des einflussreichen SPD-Sozialpolitikers und Mediziners Karl Lauterbach ist es, das private Krankenkassensystem abzuschaffen. Die privaten Krankenkassen funktionieren aber nicht nach dem Umlageprinzip, sondern nach einem lebenszeitkalkulierten Fondprinzip für die einzelnen Mitglieder. Notwendigerweise halten somit die privaten Krankenkassen ein Vermögen, das umso höher ist, je jünger ihre Mitglieder sind. Dieses Vermögen könnte man gut nutzen, um den gesetzlichen Zweig der Krankenversicherung zu unterstützen. Eine einfache Enteignung wäre aber vermutlich kein gangbarer Weg. Angemessener wäre es schon eher, die angesparten Vermögensanteile im System der Krankenversicherung zu belassen, sie also von der privaten auf die gesetzliche Krankenkasse zu transformieren. Finanzierungstechnisch gesehen wirkt das wie eine einmalige und vorübergehende Subvention der gesetzlichen Krankenversicherung. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, dass dies aus finanzwissenschaftlicher Sicht wie eine Kombination von Einkommen- und Vermögensteuer bei den ehemals privat versicherten Personen wirkt. Auf die Dauer – darauf wird man sich einstellen müssen – wird man sodann an Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht umhin können, obwohl auch über Rationierungen auf der Leistungsseite nachgedacht werden darf. Bevor man diesen Vereinheitlichungsplan umsetzen kann, muss man aber auch noch über einige Sekundärwirkungen nachdenken.

Zum Beispiel, wie behandelt man diejenigen Ärzte, die ihr Einkommen vornehmlich über die höheren Abrechnungssätze der privaten Krankenversicherung erzielt haben, wenn es nun diese Versicherung und ihre Abrechnungsmodalitäten nicht mehr gibt?

c)

Die Arbeitslosenversicherung fängt die Dynamik ihres Ausgabenvolumens und der dafür erforderlichen Finanzierung durch flexibel gestaltba-

re Beitragssätze der pflichtversicherten, abhängig beschäftigten Arbeitnehmer ab. Der Beitragssatz kann sinken, wenn die Zahl der Pflichtversicherten zunimmt und die Zahl der Arbeitslosen abnimmt. Im Jahr 2006 betrug der Beitragssatz noch 6,5 Prozent des beitragspflichtigen Bruttoentgelts. Durch die verbesserte Beschäftigungslage konnte der Beitragssatz bisher jedes Jahr etwas herabgesenkt werden und ist in 2009 und 2010 auf 2,8 Prozent gesunken. Ab 1. Januar 2011 liegt er bei 3,0 Prozent. Man sieht, dass die Arbeitslosenversicherung sich finanziell selbst stabilisieren kann und daher nicht auf Hilfe des Bundesetats angewiesen ist. Freilich gab es schon immer sozialpolitische Tendenzen, einen Bundeszuschuss in Anspruch zu nehmen. Wenn beispielsweise das Ziel des reinen Einkommensersatzes bei Arbeitslosigkeit im Zentrum stehen soll, dann ist die von der Bundesagentur übernommene Finanzierung von Maßnahmen der Umschulung oder Arbeitsförderung als eine versicherungsfremde Leistung einzustufen, für die der Bund Finanzierungsersatzleistungen aufzubringen habe (ähnlich wie der Bundeshaushalt vor der Hartz IV-Regelung die Zahlung der Arbeitslosenhilfe erstattet hatte). Sollte der Beitragssatz in Zukunft stärker ansteigen müssen, dann kann auch leicht die Forderung drängender werden, den Steuerzahler an den Qualifizierungsmaßnahmen zu beteiligen. Da jedoch im Bundeshaushalt keine finanziellen Reserven vorhanden sein werden, kann der Konflikt nicht gelöst sondern nur genannt werden. Am besten ist es also, wenn eine prosperierende Beschäftigungslage erhalten würde.

d)

Diese gute wirtschaftliche Lage ist auch für die Situation in der Pflegeversicherung sehr nützlich, weil dadurch die Bemessungsgrundlage für das Beitragsaufkommen ebenfalls gut ist. Trotzdem werden die Ausgaben wegen der Altersdynamik überproportional steigen und eine Anpassung der Beitragssätze nach oben erforderlich machen. Weil die Beitragssätze

aber noch relativ gering sind, werden die Erhöhungen noch eine Zeitlang im unmerklichen Bereich bleiben.

e)

Bei der Rentenversicherung ist hingegen der Bundeshaushalt durch den Bundeszuschuss in höchstem Maße beteiligt. Dieser Zuschuss überschreitet zurzeit die 80 Milliardenzahl, aber er kann wegen der Haushaltsnot im Bund nicht wesentlich erhöht werden. Den Plan der Linken, die behutsame und allmähliche Einführung der Rente mit 67 wieder rückgängig zu machen, wird die SPD zwar verhindern, aber es kommt eine andere neue Last auf die Rentenversicherung als Kompromiss, den die SPD gerne mittragen wird, hinzu: Die Aufstockung der kleinen Renten deutlich über das Niveau der ehemaligen Sozialhilfe – eine alte Forderung des linken Flügels in der SPD. Da diese zusätzliche Leistung nicht über erhöhte Bundeszuschüsse finanziert werden kann, die Geduld der Beitragszahler aber auch nicht überstrapaziert werden kann, muss dies durch Umverteilung in der Rentenversicherung selbst geschehen. Da man als Bürger das jetzt schon ahnen kann, sollte man zwei Dinge in der aktiven Berufszeit tun: 1.) Dafür sorgen, dass man seine Erwerbsarbeitsmöglichkeiten möglichst lange bis ins hohe Alter erhält und 2.) rechtzeitig genug eine zusätzliche private Altersversorgung aufbauen, damit wir alle trotz der zukünftigen Lasten, die im öffentlichen Sektor auf uns zukommen werden, in einem angemessenen individuellen Lebensentwurf zufrieden sein können.

IV Zu pessimistisch?

Lassen sie mich zum Abschluss sagen, dass ich mir die Abfassung dieses Textes nicht leicht gemacht habe, weil mir bei jeder Zeile wohl bewusst war, dass ich zu pessimistisch in die Zukunft schauen könnte, aber alle Reformideen stehen in den Parteiprogrammen und selbst die erfrischend

anmutende Kühnheit der Piratenpartei verschont uns nicht vor zukünftigen Lasten - wollen sie doch die Benutzung der städtischen Verkehrsinfrastruktur zum „kostenlosen“ (in Wirklichkeit teureren) öffentlichen Gut machen.

V Exkurs: Nochmals die Rentenversicherung

Obwohl unsere Mutmaßungen nicht mit Zahlen und Datenmaterial belegt werden können und somit spekulativen Charakter besitzen, scheint eines doch ziemlich sicher zu sein:

In dem Maße, in dem Deutschland zum Teilhaber einer europäischen Transfergemeinschaft wird, muss der Bundeshaushalt sich auf finanziell hohe Zusatzlasten einstellen. Das wird wegen der verfassungsmäßigen Verschuldungsgrenze Konsequenzen für die Parafisci der sozialen Sicherung haben. Sie werden nicht mehr mit finanziellen Hilfen aus dem Bundesetat rechnen können, wenn sie selbst in finanzielle Notlagen kommen sollten - weder kurzfristig, noch auf die Dauer. Mit dem letzten Punkt sprechen wir aber etwas Gewichtiges an; denn es geht um den traditionellen Bundeszuschuss zur Rentenversicherung (also jene etwa 80 Milliarden Euro, die derzeit transferiert werden). Wir haben ja schon beschrieben, dass in einem links-mitte-links Bündnis in der Bundesregierung die Umverteilungsaktivität in der Rentenversicherung zunehmen wird, da man die unteren Renten anheben muss. Das geht nur über Beitragserhöhungen oder Kürzungen im höheren Rentenbereich. Der ursprüngliche Gedanke der zu erhaltenen Beitrags-Renten-Äquivalenz geht dabei allerdings mehr und mehr verloren; denn das neue Ziel ist die größere Umverteilungsgerechtigkeit innerhalb des Systems der Alterssicherung. Der Gedanke, dass versicherungsfremde Leistungen in der Rentenversicherung durch Bundeszuschüsse zu entgelten seien, ergibt eigentlich in einer Umverteilungsalterssicherung keinen Sinn mehr. Folglich kann man den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung eigentlich gänzlich

streichen. Diese Versicherung soll also, wie alle anderen Zweige der sozialen Sicherung (die Bundesknappschaft wegen ihrer besonderen Situation ausgeschlossen), aus sich selbst bestehen. Wenn der Bundeshaushalt das durchsetzen kann, gewinnt er die notwendige Freiheit, sich auch dauerhaft und nicht nur vorübergehend an der europäischen Transfergemeinschaft zu beteiligen.

Je mehr dieses Ereignis wahrscheinlich wird, desto mehr gilt unsere Empfehlung, dass jedermann in seiner aktiven Berufsphase für eine persönliche und individuelle Alterssicherung Sorge tragen muss und seine Berufszeit möglichst lange ausdehnen sollte. Vor allem sollte er sich bloß nicht auf ein, für ihn völlig willkürlich gesetztes, Berufsende zwischen 65 und 67 Jahren nach staatlicher Verordnung einlassen.

FiFo Discussion Papers

Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge

Eine Schriftenreihe des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln; ISSN 0945-490X.

Die Beiträge ab 1998 stehen auch als kostenloser Download zur Verfügung unter: www.fifo-koeln.de.

Discussions Papers from 1998 onwards can be downloaded free of charge from: www.fifo-koeln.de.

- 95-1 Scholl, R.: Verhaltensanreize der Abwasserabgabe: eine Untersuchung der Tarifstruktur der Abwasserabgabe. 6,50 EUR.
- 95-2 Kitterer, W.: Intergenerative Belastungsrechnungen („Generational Accounting“) - Ein Maßstab für die Belastung zukünftiger Generationen? 7,50 EUR.
- 96-1 Ewringmann, D./Linscheidt, B./Truger, A.: Nationale Energiebesteuerung: Ausgestaltung und Aufkommensverwendung. 10,00 EUR.
- 96-2 Ewringmann, D./Scholl, R.: Zur fünften Novellierung der Abwasserabgabe; Meßlösung und sonst nichts? 7,50 EUR.
- 97-1 Braun, St./Kambeck, R.: Reform der Einkommensteuer. Neugestaltung des Steuertarifs. 7,50 EUR.
- 97-2 Linscheidt, B./Linnemann, L.: Wirkungen einer ökologischen Steuerreform - eine vergleichende Analyse der Modellsimulationen von DIW und RWI. 5,00 EUR.
- 97-3 Bizer, K./Joeris, D.: Bodenrichtwerte als Bemessungsgrundlage für eine reformierte Grundsteuer. 7,50 EUR.
- 98-1 Kitterer, W.: Langfristige Wirkungen öffentlicher Investitionen - theoretische und empirische Aspekte. 6,00 EUR.
- 98-2 Rhee, P.-W.: Fiskale Illusion und Glory Seeking am Beispiel Koreas (1960-1987). 5,00 EUR.
- 98-3 Bizer, K.: A land use tax: greening the property tax system. 5,00 EUR.
- 00-1 Thöne, M.: Ein Selbstbehalt im Länderfinanzausgleich?. 6,00 EUR.
- 00-2 Braun, S., Kitterer, W.: Umwelt-, Beschäftigungs- und Wohlfahrtswirkungen einer ökologischen Steuerreform: eine dynamische Simulationsanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Anpassungsprozesse im Übergang. 7,50 EUR.
- 02-1 Kitterer, W.: Die Ausgestaltung der Mittelzuweisungen im Solidarpakt II. 5,00 EUR.
- 05-1 Peichl, A.: Die Evaluation von Steuerreformen durch Simulationsmodelle. 8,00 EUR.
- 05-2 Heilmann, S.: Abgaben- und Mengenlösungen im Klimaschutz: die Interaktion von europäischem Emissionshandel und deutscher Ökosteuern. 8,00 EUR.
- 05-3 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Dokumentation FiFoSiM: Integriertes Steuer-Transfer-Mikrosimulations- und CGE-Modell. 8,00 EUR.
- 06-1 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Führt Steuervereinfachung zu einer „gerechteren“ Einkommensverteilung? Eine empirische Analyse für Deutschland. 6,00 EUR.
- 06-2 Bergs, C., Peichl, A.: Numerische Gleichgewichtsmodelle - Grundlagen und Anwendungsgebiete. 6,00 EUR.
- 06-3 Thöne, M.: Eine neue Grundsteuer - Nur Anhängsel der Gemeindesteuerreform? 6,00 EUR.
- 06-4 Mackscheidt, K.: Über die Leistungskurve und die Besoldungsentwicklung im Laufe des Lebens. 6,00 EUR.
- 06-5 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Does tax simplification yield more equity and efficiency? An empirical analysis for Germany. 6,00 EUR.
- 06-6 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Die Flat Tax: Wer gewinnt? Wer verliert? Eine empirische Analyse für Deutschland. 6,00 EUR.
- 06-7 Kitterer, W., Finken, J.: Zur Nachhaltigkeit der Länderhaushalte - eine empirische Analyse. 6,00 EUR.
- 06-8 Bergs, C., Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Reformoptionen der Familienbesteuerung: Aufkommens-, Verteilungs- und Arbeitsangebotseffekte. 6,00 EUR.
- 06-9 Ochmann, R., Peichl, A.: Measuring distributional effects of fiscal reforms. 10,00 EUR.
- 06-10 Peichl, A., Schaefer, T.: Documentation FiFoSiM: Integrated tax benefit microsimulation and CGE model. 8,00 EUR.
- 06-11 Peichl, A., Schaefer, T., Scheicher, C.: Measuring Richness and Poverty. A micro data application to Germany and the EU-15. 6,00 EUR.
- 07-1 Fuest, C., Mitschke, J., Peichl, A., Schaefer, T.: Wider die Arbeitslosigkeit der beruflich Geringqualifizierten: Entwurf eines Kombilohn-Verfahrens für den Niedriglohnsektor. 8,00 EUR.
- 07-2 Groneck, M. Plachta, R.: Eine natürliche Schuldenbremse im Finanzausgleich. 6,00 EUR.
- 07-3 Kitterer, W.: Bundesstaatsreform und Zukunft der Finanzverfassung. 8,00 EUR.
- 07-4 Brenneisen, F., Peichl, A.: Dokumentation des Wohlfahrtsmoduls von FiFoSiM. 6 EUR.
- 07-5 Brenneisen, F., Peichl, A.: Empirische Wohlfahrtsmessung von Steuerreformen. 6 EUR.
- 07-6 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Is a Flat Tax politically feasible in a grown-up Welfare State? 6,00 EUR.
- 07-7 Groneck, M., Plachta, R.: Simulation der Schuldenbremse und der Schuldenschranke für die deutschen Bundesländer. 12,00 EUR.
- 07-8 Becker, J., Fuest, C.: Tax Enforcement and Tax Havens under Formula Apportionment. 6,00 EUR.
- 07-9 Fuest, C., Peichl, A.: Grundeinkommen vs. Kombilohn: Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen und Unterschiede im Empfängerkreis. 6,00 EUR.
- 08-1 Thöne, M.: Laffer in Luxemburg: Tankverkehr und Steueraufkommen im Großherzogtum. 6,00 EUR.
- 08-2 Fuest, C., Thöne, M.: Staatsverschuldung in Deutschland: Wende oder Anstieg ohne Ende? 6,00 EUR.
- 08-3 Becker, J., Peichl, A., Rincke, J.: Politicians' outside earnings and electoral competition. 6,00 EUR.
- 08-4 Paulus, A., Peichl, A.: Effects of flat tax reforms in Western Europe on equity and efficiency. 6,00 EUR.
- 08-5 Peichl, A., Schaefer, T.: Wie progressiv ist Deutschland? Das Steuer- und Transfersystem im europäischen Vergleich. 6,00 EUR.
- 08-6 Peichl, A.: The benefits of linking CGE and Microsimulation Models - Evidence from a Flat Tax analysis. 6,00 EUR.
- 08-7 Groneck, M.: A Golden Rule of Public Finance or a Fixed Deficit Regime? Growth and Welfare Effects of Budget Rules. 6,00 EUR.
- 08-8 Plachta, R. C.: Fiscal Equalisation and the Soft Budget Constraint. 6,00 EUR.
- 09-1 Mackscheidt, K.: Warum die Steuerzahler eine Steuervereinfachung verhindern. 6,00 EUR.

- 09-2 Herold, K.: Intergovernmental Grants and Financial Autonomy under Asymmetric Information. 6,00 EUR.
- 09-3 Finken, J.: Yardstick Competition in German Municipalities. 6,00 EUR.
- 10-1 Mackscheidt, K., Banov, B.: Ausschluss und Zwang im Kollektiven. 6,00 EUR.
- 12-1 Dobroschke, S.: Energieeffizienzpotenziale und staatlicher Lenkungsbedarf. 6,00 EUR.
- 12-2 Mackscheidt, K.: Ein Szenario für 2017. 6,00 EUR.